

Der Freisinn weist zur Tür

Ausschaffung Die FDP will der SVP-Initiative das Wasser abgraben

Philipp Müller sorgt als der FDP-Leuchtturm für einen bürgerfreundlichen Staat. Nun will er schwer kriminellen Ausländern heimleuchten.

DANIEL FRIEDLI

Was die SVP kann, können wir schon lange – und erst noch besser. Nach diesem Motto nimmt sich nun auch die FDP der zunehmenden Gewaltdelikte an, und speziell jener, die von ausländischen Tätern verübt werden. Unter der Führung von Nationalrat Philipp Müller (AG) hat sie gestern einen neuen Vorschlag präsentiert, mit dem sie der Ausschaffungsinitiative der SVP den Wind aus den Segeln nehmen will. Die Volkspartei habe den Finger wohl auf einen wunden Punkt gelegt, räumte Müller ein. Nur setze sie auf untaugliche und gar rechtswidrige Lösungen.

Härtere Gangart gefordert

Die FDP will es nun besser machen, indem sie nicht bei der Verfassung ansetzt, sondern direkt beim Ausländergesetz. Dort steht schon heute, dass Ausländern die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden kann, wenn sie zum Beispiel gegen die öffentliche Ordnung verstossen. Was die Kantone daraus machen, reicht der FDP indes nicht. Zwar schöpfen einzelne Kantone die Möglichkeiten resolut aus, so etwa St. Gallen, wo die freisinnige Justizdirektorin Karin

Keller-Sutter jährlich rund 100 straffällige Ausländer wegweisen lässt. Andere verzichten hingegen fast gänzlich darauf, weshalb die FDP nun eine einheitliche und vor allem härtere Gangart fordert.

Kein Platz für Schwerkriminelle

Ihr Vorschlag: Wer sich eines Angriffs auf die persönliche Integrität schuldig macht, muss gehen. Darunter verstehen die Freisinnigen zum Beispiel Mord, schweren Raub oder Körperverletzung. Aber auch Zuhälter, Sexualstraftäter oder Drogenhändler ausländischer Nationalität müssten je nach Schwere ihrer Tat das Land verlassen. Ist eine Wegweisung aus völkerrechtlichen Gründen nicht möglich, würde die Niederlassungsbewilligung in eine vorläufige Aufnahme umgewandelt. Und bei minderjährigen Tätern soll die Wegweisung bis zum 18. Altersjahr aufgeschoben werden.

Damit sieht die FDP die Paradelösung gefunden – und die anderen Parteien unter Druck gesetzt. «Wenn SP, CVP und SVP ihren Worten Taten folgen lassen, kann unser Gegenvorschlag rasch realisiert werden», sagt Fraktionschefin Gabi Huber. Gemünzt ist dies primär auf die SVP, von der man nichts weiter als den Rückzug ihrer Initiative erwartet.

Brunner: Eine Verwässerung

Der Wunsch wird freilich ein frommer bleiben, hat doch SVP-



NATIONALRAT PHILIPP MÜLLER «Bessere Lösung als die SVP.» MOSER/EQ

Chef Toni Brunner die FDP-Idee bereits als «Verwässerung» belächelt. Seine Partei pocht darauf, Ausländern auch bei Sozialhilfemissbrauch die Tür zu weisen. Ein Punkt, über den Philipp

Müller nur den Kopf schüttelt. Die SVP sei da zahmer als das heutige Gesetz, das es schon erlaube, Sozialhilfebezüger generell auszuweisen. «Da hat die Partei geschlafen», spöttelt er.